

MV-Initiative in Bern trägt erste Früchte

Auslöser der Debatte war die Initiative «Günstig wohnen» des Mieterinnen- und Mieterverbands Kanton Bern (MVB). Die Initiative als solche fand im bürgerlich dominierten Parlament zwar keine Mehrheit. Doch dank einem hartnäckigen Lobbying konnte mit knapper Mehrheit ein indirekter Gegenvorschlag verabschiedet werden, der unter anderem gezielte Massnahmen zur Förderung des preisgünstigen Wohnungsbaus vorsieht. Das ist ein Etappensieg für die Wiederaufnahme der kantonalen Wohnbauförderung und für die Mieterinnen und Mieter im Kanton Bern.

Eine Erfolgsgeschichte

Die Geschichte der Initiative «Günstig wohnen» ist eine Erfolgsgeschichte. Die Initiative löste eine breite und konstruktive Debatte über den Wohnstandort Kanton Bern und die Wohnbauförderung aus. Das Bewusstsein für die punktuellen Probleme auf dem Wohnungsmarkt konnte geschärft werden, und mit der Ankündigung eines neuen Gesetzes über die Wohnstandortförderung wird ein erster Schritt hin zur Wiederaufnahme der kantonalen Wohnbauförderung gemacht. Diese wurde im Jahr 2003 vorab aus finanzpolitischen Gründen aufgegeben. Damit ist eines der wichtigsten Ziele der Initiative «Günstig wohnen» erreicht.

In dem der Wohnstandortförderungsberichts überwiesen wurde, anerkennt das Kantonsparlament die Notwendigkeit von zielgerichteten

Fortsetzung von Seite 3

sagen. Beim Verkauf wurde lediglich vereinbart, dass die neue Eigentümerin die bestehenden Mietverträge übernimmt und keine Umwandlung in Stockwerkeigentum vornimmt. Die Firma habe «nicht signalisiert», dass sie die Mieten erhöhen werde, schreibt die Regierung entschuldigend. Doch welcher Investor macht das schon? Eine «Sozialschutz-Klausel» wollte man nicht einbauen. Dies sei ein zu grosser Eingriff in die Eigentumsfreiheit. Es zeigt sich, dass den staatlichen Immobilienmanagern die Eigentumsrechte von Firmen näher liegen als die sozialen Anliegen der betroffenen Mietenden. Das muss sich wieder ändern – ein «Fall Yakin» genügt!

m&w | **Der Kanton Bern will nach einem mehrjährigen Stopp wieder in die Wohnbauförderung einsteigen. Dies ist das Ergebnis einer Debatte im bernischen Kantonsparlament.**



MV-VertreterInnen bei der Überzeugungsarbeit vor dem Berner Parlament

Massnahmen in der Wohnbauförderung und den Handlungsbedarf im Wohnungsmarkt für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum. Der MVB wertet dies als Erfolg seiner Initiative und als wichtigen ersten Schritt hin zu mehr preisgünstigem Wohnraum für Familien, ältere Menschen oder Junge in Ausbildung.

Neues Gesetz in Sicht

Der Bericht über die Wohnstandortförderung legt die Stossrichtungen für eine kantonale Wohnstandortförderung fest. Aufgrund einer umfassenden Lagebeurteilung und mit Blick auf den Verfassungsauftrag anerkennt der Regierungsrat einen gewissen Handlungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt. Er ist deshalb bereit, mit einem neuen Gesetz die Basis für die Promotion des Wohnstandortes Kanton Bern und gleichzeitig auch eine Grundlage für die Wiederaufnahme der kantonalen Wohnbauförderung zu legen. Der Bericht ist ein Kompromiss. Und trotzdem: Er bringt die Wohnbauförderung im Kanton Bern wieder ins Rollen.

Über die Details der neuen Förderung wird etwa in einem Jahr, wenn ein konkreter Entwurf auf dem Tisch ist, gerungen. Ein Weiterzug der Initiative vors Volk würde den nun anstehenden

Gesetzgebungsprozess verzögern. Um dem nicht im Wege zu stehen, hat das Initiativkomitee nach dem Entscheid des Grossen Rates umgehend den Rückzug der Initiative beschlossen. Damit können die Gesetzgebungsarbeiten nun rasch an die Hand genommen werden.

Danach beginnt das Seilziehen um die konkrete Ausgestaltung der bernischen Wohnbauförderung. Ziel des MVB ist es, den Kanton dazu zu verpflichten, namentlich in der Start- und Projektierungsphase Beiträge an gemeinnützige Wohnbauträger zu ermöglichen. Dabei kann es sich sowohl um die Förderung von Neubau- und Sanierungsprojekten handeln, als auch um die finanzielle Unterstützung von Umstrukturierungen der Wohnbaugenossenschaften, die sich dem preisgünstigen Wohnungsbau verpflichten.

Die im Initiativkomitee vertretenen Verbände werden sich im Gesetzgebungsprozess unter der Federführung des MV mit Fachwissen und Engagement für die Interessen der Mieterinnen und Mieter einbringen. Wir freuen uns auf eine weiterhin lösungsorientierte Wohnbaupolitik im Kanton Bern.

*Evi Allemann,
Präsidentin MVB, Nationalrätin*